

An den Landrat

---

Glarus, 5. Mai 2026

## **Interpellation SP-Fraktion «Wie würde sich die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» auf den Kanton Glarus auswirken?»**

Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

### **1. Ausgangslage**

Am 16. Januar 2026 reichte die SP-Fraktion im Hinblick auf die eidgenössische Volksabstimmung vom 14. Juni 2026 die Interpellation «Wie würde sich die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» auf den Kanton Glarus auswirken?» ein (s. Beilage).

Ziel der Initiative ist es, die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz bis zum Jahr 2050 auf höchstens 10 Millionen Menschen zu begrenzen. Ab einer Bevölkerungszahl von 9,5 Millionen sollen Bund und Kantone verpflichtet werden, definierte Massnahmen zu ergreifen, um ein weiteres Wachstum zu bremsen. Hinsichtlich der Beantwortung der Interpellation ist festzuhalten, dass die wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen einer Annahme der Initiative derzeit nicht verlässlich abgeschätzt werden können. Aussagen zur zukünftigen Wirtschaftsstruktur, Technologie und Gesundheitsversorgung unterliegen erheblichen Unsicherheiten, da Entwicklungsszenarien meist auf linearen Annahmen beruhen. Fundamentale, disruptive Veränderungen, etwa durch weitreichende Automatisierung oder technologische Durchbrüche, können sich hingegen exponentiell auf die Entwicklung des Kantons auswirken. Diesem Kontext ist bei der Reflexion der Antworten Rechnung zu tragen.

### **2. Beantwortung**

*Zu welchen konkreten Verbesserungen im Umweltschutz würde eine Annahme der Initiative aus Sicht des Regierungsrates führen?*

Diese Initiative ist keine Umweltinitiative im klassischen Sinne mit konkreten technischen Umweltzielen (z. B. zu CO<sub>2</sub>-Reduktion oder Naturschutz). Sie begründet ihre Vorgaben mit Umweltschutz- und Nachhaltigkeitsargumenten, indem sie die These vertritt, ein stärkeres Bevölkerungswachstum überfordere die natürlichen Lebensgrundlagen, die Infrastruktur und die Umwelt.

Eine unmittelbare Verbesserung in den Bereichen Ökologie, Gewässerschutz, Ressourcenverbrauch, Biodiversität oder Energieversorgung und Lebensqualität wird mit Annahme der Initiative nicht erreicht. Vielmehr zielt die Initiative darauf ab, eine weitere Belastung der natürlichen Ressourcen zu vermeiden.

Generell führt ein starkes Wachstum zu erhöhtem Ressourcenverbrauch (z. B. gesteigerter Wasserverbrauch, höherer Druck auf Naherholungsgebiete, Bedarf an Infrastruktur usw.). Ein erhöhter Bedarf kann teilweise durch technologische Fortschritte kompensiert werden, jedoch nicht in allen Bereichen. Konkrete Studien oder Abklärungen zum Zusammenhang zwischen demografischer Entwicklung und ökologischer Verträglichkeit liegen nicht vor. Eine zusätzliche Erhöhung der Bevölkerungsdichte dürfte zu einem erhöhten Druck auf Gemein- und Umweltschutzgüter führen. Eine Senkung des Bevölkerungswachstums kann daher positive Auswirkungen haben und die ökologische Belastung reduzieren.

*Welche Abstimmungsempfehlung gibt der Glarner Regierungsrat wann und mit welcher Begründung der Glarner Stimmbevölkerung ab?*

Der Regierungsrat teilt die Haltung der Konferenz der Kantonsregierungen und lehnt die Initiative ab. Nach Abwägung aller Faktoren überwiegen für den Kanton Glarus die Risiken: Während der kantonale Richtplan bereits die Basis für ein verträgliches Bevölkerungswachstum von bis zu 10 Prozent bis 2045 schafft – insbesondere durch Verdichtung im Haupttal und die Stärkung der Infrastruktur mittels der Umfahrung Näfels –, drohen bei einer Annahme gravierende wirtschaftliche Folgen. Der Regierungsrat befürchtet, dass der Kanton im Wettbewerb um Fachkräfte substantiell benachteiligt würde, was die Abwanderung von Unternehmen und den Verlust wertvoller Arbeitsplätze zur Folge haben könnte.

*Welche Auswirkungen hätte die Annahme der Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» auf ...*

*... den Wirtschaftsstandort Glarnerland, insbesondere hinsichtlich der Verfügbarkeit von Fach- und Arbeitskräften, der Produktion und dem Absatz für die Glarner Industrie und der Kaufkraft bzw. Konsumfähigkeit der Glarner Haushalte?*

Es ist zu erwarten, dass künftige Technologiesprünge die Funktionsweise und Struktur der Volkswirtschaft spürbar verändern werden. Damit dürfte sich auch die Wirtschaftsstruktur des Kantons Glarus wandeln. Die Wettbewerbsfähigkeit eines Standorts hängt dabei zunehmend davon ab, wie rasch er sich an solche Veränderungen anpassen kann. Eine Begrenzung der Zuwanderung könnte jedoch die Rekrutierung qualifizierter Fachkräfte erschweren – insbesondere in der Industrie sowie im Gesundheits- und Pflegebereich. Gerade letzterer wächst infolge der demografischen Alterung strukturell und lässt sich nur begrenzt automatisieren. Ein eingeschränkter Zugang zu Spezialistinnen und Spezialisten kann daher die Anpassung an neue Technologien und Marktbedingungen bremsen. Umso wichtiger bleibt eine ausgewogene Strategie aus höherer Erwerbsbeteiligung, verstärkter inländischer Qualifizierung und gezielter Zuwanderung von Fachkräften. Insgesamt ist davon auszugehen, dass eine starre Bevölkerungsobergrenze die Anpassungsfähigkeit eines kleinen, spezialisierten Kantons eher einschränkt, ohne zentrale Herausforderungen wie Produktivität oder Innovationskraft automatisch zu lösen.

Eine geringere Zuwanderung könnte den Druck auf den Wohnungsmarkt kurzfristig mindern. Weniger stark steigende oder sinkende Mieten würden die Kaufkraft bestehender Haushalte direkt stärken – insbesondere bei Haushalten mit tiefen und mittleren Einkommen, die einen grossen Teil ihres Budgets für Wohnkosten aufwenden. Gleichzeitig führt eine stabilisierte Bevölkerungszahl zu einer insgesamt konstanten, aufgrund der demografischen Entwicklung jedoch veränderten Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen, etwa im Pflegebereich. Es ist daher denkbar, dass sich gegenläufige Effekte einstellen: Während die Kaufkraft pro Haushalt durch tiefere Wohnkosten steigt, können steigende Kosten infolge von Fachkräftengpässen in anderen Bereichen diese Entlastung teilweise wieder aufheben. Zudem ist zu berücksichtigen, dass ausbleibende Investitionen langfristig die Qualität und das Angebot an Wohnraum beeinträchtigen könnten. In diesem Fall würde die anfängliche Entlastung mit der Zeit wieder verloren gehen.

*... den Arbeitsmarkt im Kanton Glarus, insbesondere hinsichtlich Arbeitsplatzangebot, Arbeitsbedingungen und Lohnentwicklung?*

In einem internationalen Wettbewerbsumfeld konkurrieren Glarner Unternehmen nicht nur um Absatzmärkte, sondern auch um qualifizierte Arbeitskräfte. Eine strukturelle Verknappung des Arbeitskräftepotenzials kann zu einem Standortnachteil führen. Sie kann direkt höhere Lohnkosten verursachen und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen beeinträchtigen sowie die Auslagerung von Arbeitsplätzen oder den Wegzug von Unternehmen zur Folge haben. Zwar können höhere Löhne Anreize für Automatisierung und Produktivitätssteigerung setzen, doch erfordert dies entsprechende Investitionsspielräume und Know-how. Entscheidend ist daher weniger die absolute Bevölkerungszahl als vielmehr die Frage, ob es gelingt, ausreichend qualifizierte Arbeitskräfte bereitzustellen, um Innovationsfähigkeit, Kostenstruktur und Marktzugang im internationalen Kontext zu sichern.

Im Falle eines schnellen wirtschaftlichen Umbruchs infolge disruptiver Technologien ist es zentral, dass sich ein Wirtschaftsstandort schnell an die neuen Gegebenheiten anpassen kann. Es ist fraglich, ob der Glarner Wirtschaft bei begrenztem Zugang zu Fachkräften eine solche Anpassung gelingt, insbesondere da im Standortwettbewerb mit anderen Kantonen zusätzlich strukturelle Defizite kompensiert werden müssten. In einem solchen Szenario, das sich an der Krise der Uhrenindustrie orientiert, ist nicht auszuschliessen, dass in kurzer Zeit tragende Branchen der Glarner Volkswirtschaft verschwinden könnten.

*... die Grundversorgung der Glarner Bevölkerung und Unternehmen, insbesondere in den Bereichen Grundnahrungsmittel/Detailhandel, Mobilität, Energie, Bildung, Gesundheit, Altersversorgung und soziale Sicherheit?*

Die Grundversorgung der Bevölkerung mit in der Schweiz produzierten Grundnahrungsmitteln wird durch die Verfügbarkeit von landwirtschaftlichen Arbeitskräften beeinflusst. Auch die Verarbeitung und der Detailhandel sind auf ausreichend Arbeitskräfte angewiesen. Eine Begrenzung des Bevölkerungswachstums könnte zu höheren Kosten in der Nahrungsmittelproduktion, -verarbeitung sowie im Verkauf führen. Durch Weitergabe der Kosten an die breite Bevölkerung ist eine Zunahme von Importen oder eine Anpassung des Konsumverhaltens, zum Beispiel weniger Konsum von biologisch produzierten Produkten, nicht ausgeschlossen. Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass Personen mit tiefen Einkommen besonders von steigenden Nahrungsmittelpreisen betroffen sind, da Lebensmittel einen grösseren Anteil ihres verfügbaren Einkommens beanspruchen. Die Glarner Landwirtschaft wäre insbesondere bei der Besetzung von Alpstellen betroffen.

Eine belastbare Bewertung der Auswirkungen auf die Mobilität ist kaum möglich. Aktuell ist die Verkehrsinfrastruktur im Kanton Glarus differenziert belastet. Während die Strasseninfrastruktur nördlich von Glarus zu Spitzenzeiten überlastet ist, bestehen im Süden ausreichende Kapazitäten. Ein ähnliches Bild zeigt sich im öffentlichen Verkehr: Einige Linien sind zu Spitzenzeiten stark ausgelastet, während andere über den Tag hinweg tiefe Frequenzen aufweisen.

Im Bericht «Verkehrsperspektiven 2050» antizipiert das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) bei einem Bevölkerungswachstum von 21 Prozent ein Verkehrswachstum von 11 Prozent. Im Zuge des demografischen Wandels geht das ARE im Basisszenario von einer Abnahme des Pendlerverkehrs (längere Strecken zu Stosszeiten) bei gleichzeitig zunehmendem Freizeitverkehr durch pensionierte Personen (kürzere Strecken ausserhalb der Stosszeiten) aus. Das deutet auf eine Entkopplung von Bevölkerungswachstum und Verkehrsaufkommen hin. Zudem scheint die Nutzung der Verkehrswege stark von der Bevölkerungsstruktur abhängig zu sein.

Wie stark sich die Mobilität im Kanton Glarus verändert, hängt folglich wesentlich von der zukünftigen Bevölkerungsstruktur ab. Je geringer der Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung ausfällt, desto geringer ist die Belastung durch Pendlerverkehr zu Stosszeiten. Bei der Aus-

gestaltung der Szenarien berücksichtigt das ARE zudem die zunehmende Verbreitung technischer Innovationen wie Elektrofahrräder, autonom fahrender Fahrzeuge sowie Sharing-Angeboten. Die Initiative könnte dazu führen, dass sich die Wirtschaft aufgrund der begrenzten Verfügbarkeit von Arbeitskräften stärker auf Zentren konzentriert. In der Folge könnte sich auch die erwerbstätige Wohnbevölkerung vermehrt dorthin verlagern. Das würde den Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung im Kanton Glarus verringern und die Belastung der Verkehrswege zu Stosszeiten reduzieren, während gleichzeitig mit einer Zunahme des Freizeitverkehrs zu rechnen wäre.

Im Energiebereich liegen keine konkreten Zahlen oder Untersuchungen zu möglichen Auswirkungen einer Annahme der Initiative auf die Energieversorgung des Kantons vor. Generell lässt sich feststellen, dass sich der Energieverbrauch in der Schweiz dank erheblicher Effizienzsteigerungen, insbesondere bei Gebäuden, Heizungen und in der Industrie, teilweise vom Bevölkerungswachstum entkoppelt hat: Trotz des kontinuierlichen Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums ist der Gesamtenergieverbrauch in den letzten Jahren leicht zurückgegangen. Dies gilt auch für den Kanton Glarus.

In der Energiepolitik wird die demografische Entwicklung bereits in den energiepolitischen Grundlagen berücksichtigt. Die zunehmende Elektrifizierung, insbesondere in den Sektoren Industrie, Verkehr und Wärme, dürfte zu weiteren Effizienzsteigerungen führen. Ein künftig geringeres Bevölkerungswachstum und insbesondere ein schwächeres Wirtschaftswachstum könnten den Energiebedarf zusätzlich reduzieren. Allerdings hängt der Energiesektor von zahlreichen Einflussfaktoren ab. Wie gross ein solcher Effekt wäre und welche konkreten Auswirkungen sich für den Kanton Glarus ergäben, lässt sich derzeit nicht verlässlich abschätzen. Unabhängig von der Initiative bleibt die Energieversorgung jedoch eine zentrale Herausforderung.

Das Bildungssystem im Kanton Glarus würde erwartungsgemäss nicht massgeblich von der Annahme der Initiative betroffen. Aufgrund der demografischen Entwicklung ist ohnehin mit sinkenden Schülerzahlen zu rechnen. Sinkende Schülerzahlen können zu kleineren Klassen führen. Mit geringerer Zuwanderung könnte der Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Förderbedarf in Deutsch als Zweitsprache sinken. Wenn die Attraktivität des Kantons Glarus hingegen sinken würde aufgrund der vorerwähnten negativen Auswirkungen, könnte sich indes ein Entlastungseffekt im Bildungsbereich relativieren. So bliebe der Sprachförderbedarf hoch, wenn weiterhin fremdsprachige Familien zuziehen oder sich in bestimmten Gemeinden konzentrieren. Wandern gleichzeitig deutschsprachige Familien ab, kann sich die soziale Durchmischung verschlechtern, was einzelne Schulen zusätzlich belastet.

Das Schweizer Gesundheitssystem ist heute in hohem Masse auf ausländische Fachkräfte angewiesen. Ein bedeutender Anteil des Pflegepersonals, der Ärztinnen und Ärzte sowie der in weiteren Gesundheitsberufen Tätigen stammt aus dem Ausland. Gerade in peripheren Regionen wie dem Kanton Glarus ist es bereits heute schwierig, ausreichend qualifiziertes Personal zu rekrutieren. Eine Einschränkung der Zuwanderung würde diese Situation deutlich verschärfen.

Offene Stellen könnten schwieriger zu besetzen sein, was ohne entsprechende Anpassungen längerfristig zu Versorgungsengpässen führen kann. Mögliche Folgen wären längere Wartezeiten, eine geringere Betreuungsintensität und eine höhere Belastung für das vorhandene Personal. Dadurch könnte das Risiko von Überlastung zunehmen, was die Situation zusätzlich verschärfen würde. In der Folge wären punktuelle Einschränkungen einzelner Angebote oder eine Bündelung von Standorten denkbar.

Hinzu kommt, dass sich ohne Zuwanderung das Verhältnis zwischen Erwerbstätigen und Rentnerinnen und Rentnern zusätzlich verschlechtert. Dies führt zu einer doppelten Belastung: Einerseits bleibt der Bedarf an Gesundheitsleistungen hoch, andererseits fehlen die Fachkräfte, um diesen Bedarf zu decken. Gleichzeitig geraten auch die Sozialwerke wie die

Alters- und Hinterlassenenversicherung unter Druck, was die Finanzierung des Gesundheitssystems zusätzlich erschwert. Für den Kanton Glarus, der bereits heute mit strukturellen Herausforderungen konfrontiert ist, wären die Auswirkungen besonders gravierend. Die Initiative würde bestehende Ungleichheiten weiter verschärfen und die medizinische Grundversorgung im Glarnerland gefährden.

*... die Finanzaussichten des Kantons Glarus und der drei Gemeinden, insbesondere hinsichtlich Steuereinnahmen bei tieferen Gewinnaussichten von Glarner Unternehmen und veränderten Einkommensverhältnissen von Glarner Haushalten?*

Die finanziellen Auswirkungen einer Annahme der Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» auf den Kanton Glarus und die drei Gemeinden lassen sich zum heutigen Zeitpunkt nicht verlässlich quantifizieren.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen, insbesondere auf die Ertragslage der Unternehmen sowie auf die Einkommensentwicklung der Haushalte, würden sich jedoch zwangsläufig in den Steuererträgen von Kanton und Gemeinden niederschlagen. Entsprechend könnten sich die Finanzaussichten bei einer ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklung zusätzlich eintrüben. Zu berücksichtigen ist, dass die finanzielle Ausgangslage des Kantons sowie der Gemeinden bereits angespannt ist. Vor diesem Hintergrund könnten negative Abweichungen bei den Steuererträgen die finanzpolitischen Handlungsspielräume weiter einschränken.

*... die Attraktivität der Gemeinden sowie die Infrastruktur, die Erschliessung und den Immobilienmarkt, insbesondere hinsichtlich des Baus und Unterhalts von Verkehrswegen, Produktionsstandorten bzw. Arbeitsplätzen sowie Wohnungen?*

Aus raumplanerischer Sicht ist festzuhalten, dass die Initiative der aktuellen strategischen Ausrichtung des kantonalen Richtplans sowie der kommunalen Richt- und Nutzungsplanungen widersprechen würde. Im kantonalen Richtplan ist derzeit ein Bevölkerungswachstum gemäss dem Szenario «hoch» des Bundesamtes für Statistik vorgesehen. Würde die Entwicklung durch die Initiative begrenzt, müsste der Bund seine Bevölkerungsprognosen anpassen und diese auf die Kantone herunterbrechen. Dies könnte dazu führen, dass auch der kantonale Richtplan überarbeitet und Bauzonen aufgrund der veränderten Bevölkerungsentwicklung erneut angepasst werden müssten. Ebenso wäre der Bedarf an Arbeitszonen zu überprüfen und gegebenenfalls zu korrigieren.

Für Glarus ist die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum von Bedeutung. Die Region profitiert in diesem Sinne vom Siedlungsdruck aus dem Metropolitanraum Zürich, was die wirtschaftliche Entwicklung des Glarnerlands unterstützt. Die mit einem Bevölkerungswachstum steigenden Frequenzen können sich positiv auf das Angebot im Detailhandel und der Gastronomie in den Ortszentren und somit auf die Attraktivität der Gemeinden als Wohn-, Arbeits- oder Tourismusort auswirken. Bei einer generellen Begrenzung des Bevölkerungswachstums ist davon auszugehen, dass vor allem die urbanen Zentren weiterhin wachsen und an Attraktivität gewinnen, während sich die Entwicklung in ländlichen Regionen weiter abschwächt. Bereits heute ist die Bevölkerungsentwicklung in Glarus Süd tendenziell rückläufig, und die fortschreitende Überalterung stellt eine grosse Herausforderung dar.

Hinsichtlich der Wohnraumentwicklung wird die Immobilienbranche die Investitionstätigkeit der Nachfrage anpassen. Bei einer Konzentration des Wachstums auf die urbanen Zentren ist von einer geringeren Investitionsbereitschaft in der Peripherie auszugehen. Fehlende Investitionen führen einerseits zu Qualitätsverlust im Bestand. Andererseits ist langfristig eine Verknappung des Angebots und dadurch höhere Mieten nicht ausgeschlossen. Angesichts sich verändernder Anforderungen im Zuge des demografischen Wandels, insbesondere hinsichtlich Barrierefreiheit, ist ein funktionierender Immobilienmarkt zentral. Bei ausbleibenden Investitionen drohen zudem höhere Emissionen sowie eine Schwächung des Baugewerbes. All das wirkt sich negativ auf die Attraktivität der Gemeinden und des Kantons aus.

Bezugnehmend auf die Ausführungen zur Mobilität gilt: Ein Bevölkerungswachstum führt nicht automatisch zu einem höheren Investitionsbedarf in die Verkehrsinfrastruktur. Im öffentlichen Verkehr könnte hingegen eine durch die Annahme der Initiative bedingte Stagnation bzw. Rückgang der Bevölkerung den finanziellen Spielraum für die Angebotsplanung einschränken, etwa wenn die Kostendeckung schwieriger wird.

Generell ist anzunehmen, dass ein finanziell stabiler Standort attraktive Rahmenbedingungen bieten und Infrastrukturen instand halten kann. Die Attraktivität des Kantons für wirtschaftliche Aktivitäten hängt stark von der künftigen Transformation der Wirtschaft und den daraus entstehenden Bedürfnissen ab. Es ist anzunehmen, dass sich Automatisierung und künstliche Intelligenz negativ auf die Zahl der Arbeitsplätze auswirken. Da sich mit dieser Transformation auch die Bedürfnisse an Büro- und Produktionsinfrastruktur laufend ändern, ist der Kanton gefordert, geeignete Flächen für die Wirtschaft bereitzustellen. Das beinhaltet auch, die Transformation bestehender Areale und deren Strukturen zu ermöglichen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

**Im Namen des Regierungsrates**

*Dr. Markus Heer, Landammann  
Arpad Baranyi, Ratsschreiber*

Beilage:  
- Interpellation